

Hitziger Streit unter Regenschirmen

Direkt nach dem Wahlkampfauftritt redete Tsalastras mit kritischen Bürgern. Bürgerinitiative Kapellenstraße versucht, Container für Flüchtlinge zu stoppen

Von Peter Szymandak

Wahlkämpfe sind für alle Spitzenkandidaten in der Regel keine Schönwetterveranstaltungen – unangenehme Themen lauern an jedem Straßenrand. Und so schauerte es pünktlich nicht nur zu Beginn der mit vielen Slogans gespickten Wahlkampf-Auftaktrede von Apostolos Tsalastras („Mitmachen statt Miesmachen“), Oberbürgermeister-Kandidat von SPD, Grünen und FDP, am Sonntag im Kaisergarten, sondern auch auf seinen kurzen Spaziergang zur kleinen Demo der neuen „Bürgerinitiative Wohnumfeld Kapellenstraße“.

Tsalastras: Ich beteilige Anwohner

Die hatte sich angesichts der vielen anwesenden Politikern der Ampelkoalition zum offiziellen Wahlkampfauftritt am Kaisergarten-Rand mit Protestschildern gegen die Flüchtlingspolitik der Stadt Oberhausen formiert – und sammelt nun Unterschriften gegen Containerbauten für Asylbewerber auf dem früheren Zirkusplatz an der Kapellenstraße. Kämmerer Tsalastras musste sich vor allem von Verena Hofes und Rainer Pfleps, Vorsitzende und Stellvertreter der Bürgerinitiative, harte Vorwürfe gefallen lassen.

Hier eine kleine Auswahl der unter Regenschirmen und mit Regenjacken geäußerten, hitzig formulierten Anschuldigungen: Warum müssen Flüchtlinge in menschenunwürdig beengten Container-Räumen hausen? Warum bemüht sich die Stadt nicht stärker, Flüchtlinge in Privatwohnungen unterzubringen? Warum scheut man zurück, Schulen für Flüchtlinge umzubauen, die viel geeignetere Wohnungen für Flüchtlinge hergeben würden? Warum will die Stadt die Anwohner nicht bei der Gestaltung des Zirkusplatzes beteiligen? Warum gefährdet man Flüchtlingskinder auf Böden, die nachweislich mit Arsen verseucht seien?

Das Nein von Tsalastras und der SPD zur Sperberstraße in Klosterhardt („zu klein“) hat der Bürgerinitiative Hoffnung gemacht, die



Protestierten mit scharfem Vokabular gegen die Flüchtlingspolitik der Oberhausener Stadtregierung: Die Bürgerinitiative Wohnumfeld Kapellenstraße am Sonntag im Kaisergarten.

FOTO: INITIATIVE KAPELLENSTRASSE



Ansiedlung von Flüchtlingen auch an der Kapellenstraße noch verhindern zu können. Doch die machte Tsalastras zunichte. „Wir können auf die Container-Standorte angesichts der vielen Flüchtlinge nicht verzichten.“ Das liege auch daran, dass nicht genug freie Wohnungen

„Daran verdient die OGM kein Geld“

■ Das Bündnis Oberhausener Bürger (BOB) hat der Stadt schon mehrfach vorgeworfen, zu wenig zu tun, um Flüchtlinge dezentral und besser eingliederbar in Privatwohnungen unterzubringen. Doch die Rathaus-Spitze versichert, dass es nicht genug leere und bezahlbare Wohnungen bereitwilliger Eigentümer gebe. Die kolportierten Zahlen von 4600 oder 7000 freien Wohnungen

entbehrten jeder Grundlage.

■ Zudem hat BOB behauptet, dass die Stadttochter OGM mit den Containerbauten Geld verdienen würde und daher kein Interesse habe, Wohnungen zu vermitteln. Hier versichert Kämmerer Tsalastras: „Für ihre Arbeit bekommt die OGM zwar eine prozentuale Pauschale, aber sie verdient daran nichts.“

von Hauseigentümern bereit gestellt würden, um Flüchtlinge aufzunehmen. Immerhin ein Drittel werde trotz steigender Flüchtlingszahlen privat untergebracht. Schulen wiederum seien nur sehr kostenträchtig umzubauen. „Hier kann man die nötige Intimsphäre

kaum herstellen. Zudem fehlen Sanitäranlagen“, sagte Tsalastras.

Er versicherte den Protestlern aber mehrfach, bei der Umgestaltung des Zirkusplatzes für Flüchtlinge alle Anwohner zu beteiligen. Sollte der Boden sich als giftig erweisen, werde er ausgetauscht.